

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 38

Köln, den 18. September 1931

32. Jahrg.

Zum Kapitel Kapitalbildung.

Auf der Wiener Tagung der Betriebswirtschaftler vor etwa drei Jahren hielt Prof. Schmalenbach-Köln eine vielbeachtete Rede. Er vertrat den Gedanken, daß Kapazitätssteigerung die fixen Kosten stetig erhöhe und damit ganze Industriezweige aus der freien in die gebundene Wirtschaft führen müsse. Er sprach damals die Überzeugung aus, daß die deutsche Wirtschaft in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustand kommen müsse, in dem die Monopolgebilde ihr Monopol vom Staat empfangen und der letztere die Überwachung übernehmen werde. Es fiel das prophetische Wort vom Ende der freien Wirtschaft, und man hat Schmalenbach diese Prophezeiung sehr übel genommen. Ihm erging es wie so manchem anderen: um den unbequemen Mahner abzutun, verdächtigte man ihn sozialistischer Gedankengänge und glaubte die freie Wirtschaft damit gerettet zu haben. Prof. Schmalenbachs Name ist insbesondere bekannt geworden durch die unter seiner Leitung durchgeführten Untersuchungen über die Verhältnisse des deutschen Kohlenbergbaues. So viel zur Charakterisierung des Mannes, der jetzt, Anfang September, auf dem deutschen Eisengießertag in Berlin wiederum ein aufsehenerregendes Referat gehalten hat. Die bei dieser Gelegenheit gemachten Ausführungen sind darum um so beachtlicher, weil die deutsche Wirtschaft in den letzten drei Jahren, insbesondere aber in den letzten Monaten, eine Entwicklung genommen hat, die sehr stark an die von Schmalenbach in Wien aufgestellten Behauptungen heranreicht.

Die jetzt in Berlin gehaltene Rede mutet fast wie eine Kapuzinerpredigt an die Wirtschaftsführer an. In diesem Vortrag wurden die Fragen

1. wie können wir durch Sparen und
2. wie können wir durch Arbeit Kapital bilden?

behandelt. Anknüpfend an die in letzter Zeit im Handelsteil der Tagespresse zur Genüge bekanntgewordenen Beispiele, daß skrupellose Geschäftemacher auf Kosten ihrer Gläubiger jahrelang zu leben vermochten, bezog sich der Redner auf Erfahrungen, die er in seiner eigenen Tätigkeit als Bilanz- und Finanzberater gesammelt habe. Hierbei habe er in zahlreichen Fällen festgestellt, daß die Besitzer oder die Leiter der Unternehmungen viel zu viel selbst verbrauchen, oder daß doch eine viel zu große Zahl von Familien oder Familienmitgliedern vom Ertrag eines Unternehmens leben will. Gegenüber einem zu hohen Selbstverbrauch des Unternehmers oder des Leiters herrscht bei uns eine viel zu große Milde. Es sollte so weit kommen, daß jemand wegen seines hohen Verbrauchs ins Gefängnis kommt, wenn er dadurch seine Gläubiger schädigt. Auch der Eindruck, der dadurch im Ausland entsteht, sei für den deutschen Kredit nachteilig. Zu keiner Zeit seien soviel Bilanzkunststücke gemacht worden wie gerade jetzt. Zahlreiche leitende Männer hätten bei ihren Unternehmungen ein großes Debetkonto. Diese Verschuldung sei auf ein falsch aufgefaßtes Prestigebedürfnis zurückzuführen. Wenn der leitende Mann in einem Unternehmen nicht sparsam sei, könne er auch von seinen Mitarbeitern nicht erwarten, daß sie im Betrieb sparsam wirtschaften.

Die hier einmal von einer gewichtigen Persönlichkeit festgenagelten Erscheinungen beobachtet auch die Arbeiterschaft seit langem. Sie kann sich keinen Reim darauf machen, daß dauernd von der Not der Unternehmungen und der Unternehmer geredet und die Presse vollgeschrieben wird, während auf der anderen Seite der von den angeblich notleidenden Unternehmern betriebene Aufwand ein öffent-

liches Ärgernis darstellt. Jedem der vorstehenden Worte Schmalenbachs ist darum zuzustimmen. Seine Mahnungen gelten nicht nur für Privatunternehmungen, sondern auch für öffentliche Betriebe und Verwaltungen. Auch hier ist man jahrelang leichtfertig und unwirtschaftlich mit Volksvermögen umgesprungen. Man hat aus hohlem Geltungsbedürfnis heraus Volksvermögen verwüetet.

Als Zwang zur Kapitalbildung schlug Schmalenbach eine Aufwandsteuer vor. Als Anfangsgrenze hierfür empfiehlt er 10 000 RM Jahreseinkommen. Durch eine solche Steuer würde es möglich sein, alle anderen großen Steuern, insbesondere Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuer zu senken. Alle diese Steuern legen sich auf die Kapitalentstehungsseite, während die Aufwandsteuer an den Kapitalverzehr anknüpfe. Besonderes Gewicht sei darauf zu legen, daß durch eine Aufwandssteuer das Gewicht des Hausvaters gegenüber den Familienangehörigen bei der Übernahme entbehrlicher Ausgaben (Reisen und überflüssiger Anschaffungen) gestärkt werde. Schmalenbach berief sich hierbei auf Erfahrungen, die in Holland mit der Aufwandsbesteuerung gemacht worden sind. Die den Steuerbehörden durch die Aufwandsteuer erwachsenden Mehrarbeiten würden jedenfalls dadurch ausgeglichen, daß künftig vielleicht die Gewerbesteuer fortfallen könnte. Es sei eine ethische Forderung, daß derjenige am meisten für die Gesamtheit beiträgt, der für seinen eigenen Verzehr am meisten verlangt. Den Ertrag einer solchen Aufwandsteuer schätzt Schmalenbach auf etwa eine Milliarde Reichsmark. Einwendungen der Art, daß jemand etwa nicht sein Einkommen, sondern sein Kapital selbst verzehre, seien nicht stichhaltig. Es sei nur gerechtfertigt, wenn der Staat beim Kapitalverzehr behilflich sei und dazu beitrage, daß der betreffende Verzehrer recht bald wieder ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft werde.

Die hier aufgestellten Forderungen von Schmalenbach, an solcher Stelle und mit diesem Ernst vorgetragen, verdienen weitestgehende Beachtung. Seine Vorschläge gehen noch weiter und betreffen vor allem eine Ausdehnung der Verbrauchsbesteuerung auch auf andere Gegenstände. Genau wie Tabak, so könne man auch Damenstrümpfe, Maßanzüge usw. besteuern. Steuerfrei soll lediglich ein gewisser typisierter Verbrauch bleiben, und damit auch eine Verbilligung unserer Lebenshaltung herbeigeführt werden.

Aber eine entscheidende Frage wird von Schmalenbach berührt an der Stelle, wo er zwar vorsichtig, aber doch deutlich von dem vollendeten Verlagen der freien Wirtschaft redet: „Jetzt und künftig seien die Übererzeugung und die Überkapazität eine schwärende Wunde am Wirtschaftskörper. Bei der Gründung neuer Anlagen müsse mit sehr viel größerer Vorsicht als früher verfahren werden. Weiter müßten wir uns darum bemühen, auf der Seite des Ertrages mehr als bisher zu erreichen. Neben die technische Rationalisierung müsse die wirtschaftliche Rationalisierung in den Vordergrund gerückt werden. Ein großer Teil der heutigen industriellen Erzeugungsanlagen werde wertlos, während andere Anlagen, die notwendig seien, nicht vorhanden sind.“

Man darf aus diesen Darlegungen Schmalenbachs eine Bestätigung der von uns seit langem vertretenen Auffassung herauslesen, daß

die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren vielfach unüberlegt Investitionen vorgenommen hat, Produktionsstätten erstellte, die heute Ruinen und altes Eisen sind.

Im Hinblick auf diese Feststellungen und Tatsachen scheint uns der Vortrag und die Meinung Schmalenbachs noch einer Ergänzung zu bedürfen. Wenn eine Neu-Kapitalbildung auf den von ihm bezeichneten Wegen herbei- und durchgeführt wird, dann besteht doch die große Gefahr, daß die Wirtschaft wiederum der Versuchung unterliegt und planlos und unüberlegt Investitionen am falschen Platze vornimmt. Mit der Neubildung von Kapital ist wenig gewonnen, wenn es in derselben Art und Weise wie bisher der Vernichtung entgegen-

geführt wird. Das gilt es zu verhindern. Einen Weg dazu sehen wir in einer eingehenden und ausgedehnten Kapital- und Wirtschaftskontrolle. Eine solche Kontrolle müßte natürlich auch begleitet sein von einer größeren Publizität der Wirtschaftsvorgänge, und außerdem muß dem Faktor Arbeit, also der Arbeiterschaft, ein entsprechender Einfluß eingeräumt werden. Derartige Pläne werden schon lange diskutiert. Leider merkt man keinen Fortschritt und keine entschlossene Tat. Die paritätische Gestaltung der Handels- und Industrie-, Landwirtschafts- und Gewerbekammern wäre ein erster Schritt dazu.

Flucht aus der Weltwirtschaft?

In der zweiten Rundfunkrede, mit der Reichskanzler Dr. Brüning sich kürzlich an das deutsche Volk wandte, mußte der Satz aufpassen, der eine Absage an einen wirtschaftlichen Nationalismus bedeutete. Er lautete: „Es ist ausgeschlossen, daß wir Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben können, innerhalb derer das deutsche Volk, unter Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse, ausschließlich eigenem Handel und Wandel nachgehen könnte. Deutschlands Wirtschaft ist und bleibt auf enge handelspolitische Zusammenarbeit mit dem Ausland angewiesen.“ — Mit diesen Worten ist die Regierung Dr. Brüning abgerückt von jenen, die die dem deutschen Volk notwendige Selbsthilfe dahin deuten möchten, Deutschland habe für die kommende Zeit grundsätzlich den Weg der Autarkie, der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit zu gehen, zu diesem Zwecke seine Wirtschaft nach Möglichkeit von der Weltwirtschaft abzuriegeln und die Einfuhr zu drosseln. Solche Vorschläge kommen nicht bloß aus agrarischen Kreisen, sondern aus dem Lager solcher Weltverbesserer, die, wie F. Fried in seinem phantasiervollen Buch „Das Ende des Kapitalismus“, die Autarkie für den abgeschlossenen Wirtschaftsraum Mitteleuropas (Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien) fordern und darüber hinaus lediglich auf diesem Wege von den Reparationsverpflichtungen freizukommen glauben. Flucht aus der Weltwirtschaft unter Ablehnung an Sowjetrußland!

Wenn wir uns gegen einen wirtschaftlichen Nationalismus in vorstehendem Sinne wenden, so verneinen wir damit nicht jene andere sehr bedeutungsvolle Frage: Macht die Lage, in der wir uns heute und für absehbare Zeit befinden, die Erwägung nicht notwendig, an der nicht lebensnotwendigen Einfuhr zu sparen und damit an der Verbesserung dieser Lage wirkungsvoll mitzuarbeiten? Unsere bisherigen Verhandlungen mit Vertretern der Gläubignationen Deutschlands haben gezeigt, daß die langfristigen Kredite, von denen vor den Pariser und Londoner Besprechungen soviel die Rede war, zum mindesten bis auf weiteres nicht in Aussicht stehen. Wenn die finanziellen Abflüsse in Gestalt der Reparationen auch für ein Jahr abgestoppt sind, so bleiben diejenigen für Zins- und Tilgungszahlungen für das uns noch verbliebene Auslandskapital. Bislang decken wir diese durch neue Auslandskredite ab. Auf die Dauer aber ist es unerläßlich, daß Deutschland seine Außenzahlungen aus eigenen wirtschaftlichen Erträgen bestreitet. Es ist daher eine zielbewußte Politik notwendig, die auf Schaffung eines Zahlungsausgleichs aus eigener Kraft abzielt, einmal durch Förderung der Ausfuhr, zum anderen durch Beschränkung der entbehrlichen Einfuhr.

Diese Probleme erörtert eine in der Schriftenreihe des Deutschen Industrie- und Handelstages dieser Tage erschienene, außerordentlich beachtenswerte Arbeit von Dr. E. Hickmann, die die Probleme der Einfuhrerparnis mit aller notwendigen Gründlichkeit untersucht. Die deutsche Wirtschaftspolitik muß in erster Linie weiterhin der Pflege der Ausfuhr ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Seit Ende 1929 ist die deutsche Handelsbilanz zwar aktiv. Doch sprachen hier besondere Umstände mit, so neben der Schwäche des Inlandsmarktes, die zur Steigerung der Ausfuhr und zur Beschränkung der Einfuhr zwang, vornehmlich die Preisbewegung an den ausländischen Rohstoffmärkten, der eine Preisenkung der von Deutschland in der Hauptsache ausgeführten Fertigwaren erst langsame folgte. Mit einer Fortdauer gerade dieser Umstände kann auf unabsehbare Zeit jedoch nicht gerechnet werden. Um so notwendiger ist im Interesse einer Ausbalancierung unserer Handels- und Zahlungsbilanz, daß wir auch der Einfuhr-

seite höchste Beachtung schenken. In zahlreichen ausländischen Staaten konnten in letzter Zeit Versuche beobachtet werden, für den Verbrauch einheimischer Waren des Landes zu werben, und zwar auch in solchen Staaten, die vielleicht weniger welthandelsverflochten sind als das volkreiche Deutschland. Um so mehr hat dieses Anlaß, aber auch ein Recht darauf, nach gleicher Richtung seine Pflicht zu tun.

Dabei kann es, wie wir oben bereits betont haben, nicht darauf ankommen, die Einfuhr nun mit höchster Möglichkeit abzuriegeln. Vielmehr wird man, wie das auch in der Schrift des Industrie- und Handelstages geschieht, versuchen müssen, bestimmte Größenordnungen abzugrenzen, innerhalb derer eine Einfuhrerparnis einzuführen hätte. Danach könnte wohl am stärksten Einfuhr erspart werden in der Gruppe unentbehrlicher Erzeugnisse an Lebensmitteln, die gegenwärtig in stärkerem Maße eingeführt werden, die aber bei wirtschaftlicher Ausnutzung der gegebenen Erzeugungsmöglichkeiten in Deutschland selbst in genügender Menge hergestellt werden könnten. Um welche Beträge es sich hier handelt, kann man ermesen, wenn man bedenkt, daß 1930 eingeführt wurden in Millionen Reichsmark: Weizen 231, Butter 377, Käse 89, Eier 228, Obst 202, Fleisch 132, Mehl 9, Kartoffeln 29, Hülsenfrüchte 27, Küchengewächse 115, Fische 140, Schmalz 100, Talg 14, Margarine 11. Die Einfuhr an Genussmitteln (Wein, Süßfrüchte, Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Tabak) belief sich 1930 auf nicht weniger als 950 Millionen Reichsmark, die Luxus-einfuhr auf 237 Millionen Reichsmark. Eine Einsparung an Einfuhr bei Lebensmitteln setzt allerdings eine gewisse Umstellung unserer Landwirtschaft voraus. Des weiteren müßten bestimmte kapital- und kostenmäßige Erzeugungsvoraussetzungen geschaffen werden, so z. B. bezüglich Steuern, Sozialabgaben, Löhne usw.

Wenn also grundsätzlich angestrebt werden muß, durch Steigerung der deutschen Erzeugung und Anpassung an die Erfordernisse des Marktes die Einfuhr zu ersetzen, so ist jedoch dringend davor zu warnen, durch unorganische künstliche Maßnahmen das mit Mühe aufgebaute Netz der Handelsverträge zu zerreißen. Denn leicht könnten die Vorteile, die durch eine stärkere Abperrung vom Weltmarkt bei dem Versuch einer Einfuhrdrosselung erreicht werden können, durch Abwehrmaßnahmen der betroffenen Länder gegen die deutsche Ausfuhr mehr als ausgeglichen werden. Eine unvernünftige Einengung unserer Einfuhr trägt aber nicht nur zu einer Ausgleichung von Handels- und Zahlungsbilanz bei, sondern vermag auch sonstige wertvolle allgemeine volkswirtschaftliche Wirkungen nach sich zu ziehen. Jede durch höheren Verbrauch deutscher Waren ersparte Einfuhr bedeutet eine Steigerung der deutschen Kaufkraft und damit auch der Kapitalbildung. Wachsender Verbrauch heimischer Erzeugnisse mindert durch Umlegung der öffentlichen Lasten auf größere Einnahmen und Verringerung des Arbeitslosenunterstützungsaufwands die Gesamtbelastung des einzelnen. So bedingt eine wohlthemessene Einfuhrerparnis eine auf Entlastung gerichtete Wirtschaftspolitik.

Aus der Notlage unseres Vaterlandes, in die wir nicht etwa nur durch eigene Schuld, sondern vor allem auch durch die der Wirtschaftsunvernunft ins Gesicht schlagende Reparationspolitik unserer ehemaligen Kriegsgegner gedrängt worden sind, erwächst jedem einzelnen, der seinem Volke mit Verantwortungsbewußtsein gegenübersteht, die Pflicht, die Erzeugnisse des deutschen Fleißes zu berücksichtigen und vor dem Kauf ausländischer Produkte zu prüfen, ob er mit den Interessen der deutschen Wirtschaft vereinbar und angesichts der furchtbaren Arbeitslosigkeit und der Not un-

seres Landes zu verantworten ist. Wenn weite Kreise des deutschen Volkes nach mehr Bedarfsdeckungswirtschaft rufen statt der heute überwiegenden Marktwirtschaft, so müssen wir uns darüber klar sein, daß hier keine mechanische Planwirtschaft helfen kann nach dem System Rathenau-Möllendorff-Wisjell, sondern daß die Menschen erst einmal ihren Verbrauch richtig regulieren

lernen sollten. In unserer heutigen Lage müssen wir planmäßig, d. h. mit höchster Überlegung, wirtschaften. Zu diesem lebenswichtigen Ziele hin ist aber als Mittel eine Planwirtschaft als Sozialismus-Ersatz ebenso untauglich wie eine Flucht aus der Weltwirtschaft!
v. B.

Der weltwirtschaftliche Schrumpfungsprozeß und die Lage einzelner deutscher Wirtschaftszweige.

Das Institut für Konjunkturforschung übergibt soeben seinen neuesten Vierteljahrsbericht der Öffentlichkeit, der die Zeit bis Anfang September d. J. umfaßt. Wie immer, so beschränkt das Institut sich nicht nur darauf, die Konjunkturlage bei uns in Deutschland zum Gegenstand seiner Betrachtungen zu machen, sondern zieht auch die konjunkturelle Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft in den Kreis seiner Betrachtungen. Festgestellt wird, daß die rückläufige Konjunkturentwicklung sich in allen Ländern fortgesetzt hat. Zwar sei vorübergehend eine Verlangsamung des Rückganges eingetreten, doch habe die deutsche Kreditkrise zuerst in Europa, später aber auch in Amerika eine Welle neuer Weltwirtschaftsschrumpfungen eingeleitet. Die Verminderung des Kreditvolumens werde zwangsläufig zu weiteren Einschränkungen der Wirtschaftstätigkeit führen. Es könne, so äußert das Institut seine Meinung, insolge dessen nicht mit kompensierenden günstigeren Entwicklungstendenzen zunächst gerechnet werden. Die Lage an den Exportmärkten mache es nicht wahrscheinlich, daß der deutschen Industrie ein ausreichender Ersatz des ihr auf dem Binnenmarkt entstehenden Absatzausfalles gelingen wird.

Diese Feststellungen lassen unsere wirtschaftlichen Aussichten gerade nicht in einem hoffnungsvolleren Lichte erscheinen. Zwar macht das Institut bezüglich dieser Voraussage berechnete Einschränkungen. Es wird darauf verwiesen, daß der Ausbruch der Kreditkrise an vielen Stellen an die Fundamente der Wirtschaftsentwicklung gerührt und so den organischen Ablauf der Depression unterbrochen habe. Gegenüber solchen Ereignissen von außen her könne bei den Methoden der Konjunkturforschung nicht gerechnet werden, und die daraus entstehenden Folgen seien weder vorauszusagen noch abzuschätzen. Hinzu komme, daß die gegenwärtige Lage wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig mache, die einen für die Aufgaben der Konjunkturforschung nicht erfassbaren Faktor darstellten.

Die in dem Vierteljahrsbericht zum Ausdruck gebrachte Meinung über die welt- und volkswirtschaftliche Lage wird ausführlich begründet. Es wird auf den Zusammenbruch des Kreditgebäudes der mitteleuropäischen Wirtschaft verwiesen und die unausweichlich notwendige Anpassung der Wirtschaft an die verkürzte Kredit- und Kapitaldecke betont. Zu den selbstregulierenden Kräften der Wirtschaft haben die Beobachter scheinbar kein allzu großes Vertrauen. Das Institut stellt sich auf den Standpunkt, daß das schleppende Tempo der selbstregulierenden Kräfte mehr und mehr Eingriffe in den Wirtschaftsmechanismus notwendig mache.

Durch den fortlaufenden Wertchwund der Güter bei steigenden Zinssätzen wachse das Mißverhältnis zwischen Leistungsmöglichkeit der Schuldner und Ansprüchen der Gläubiger, und es müsse eine rasche Kapitalabschreibung erfolgen. Je schneller und zeitlich komprimierter sie erfolge, um so eher und gründlicher werde der Weg für eine neue wirtschaftliche Aufschwungsperiode freigelegt. Darüber aber, wann und wie diese Notwendigkeit in die Tat umgesetzt werde, vermag auch das Institut für Konjunkturforschung nichts auszusagen, da die Konjunktur der letzten Wochen stärker denn je von politischen Faktoren abhängig sei. Als einzigen Einblick betrachtet man die Tatsache, daß zum ersten Male seit Beginn der Krise der Rückgang des Welthandels unterbrochen ist. Die Absatzmenge hat nach den statistischen Angaben bei Ausschaltung der Saison- und Preisbewegung im zweiten Vierteljahr 1931 um etwa fünf Prozent zugenommen. Man wagt zwar nicht, diese Tatsache als Auftakt eines Entwicklungsumschwunges anzusehen, sondern sie wird nur als ein Zeichen dafür betrachtet, daß die Warenlager zur Hauptsache fehlen, und darum jede kleine Änderung der Nachfrage stärker in die Erscheinung tritt.

Bezüglich der Lage einzelner deutscher Wirtschaftszweige veröffentlicht das Institut für Konjunkturforschung im Teil B des Vierteljahrsberichtes folgende Übersicht:

Die industrielle Warenerzeugung, die im April den saisonmäßigen Höhepunkt erreicht hatte, ist erneut leicht zurückgegangen. Die Indexziffer der Produktion wichtiger Industriezweige sank von 76,3 im April auf 73,2 im Juli. Die Zuspitzung der Kredit-schwierigkeiten hat die Gütererzeugung bis Ende Juli nur in vergleichsweise geringem Umfange beeinträchtigt. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Juli 53,0 Prozent der Kapazität gegen 54,0 Prozent im Mai. In der Gruppe der Konjunkturindustrien hat sich bei den Produktionsgüterindustrien der Beschäftigungsrückgang weiter fortgesetzt; bei den Verbrauchsgüterindustrien ist die bei Jahresbeginn eingetretene Belebung ab Juni wieder zum Stillstand gekommen.

Im Steinkohlenbergbau haben Förderung und Koks-erzeugung stärker als saisonüblich abgenommen. Die industriellen Verbraucher schränken die Brennstoffbezüge stark ein; der Absatz von Hausbrandkohle nahm zu. Im Braunkohlenbergbau sind Förderung und Brikettherstellung infolge der günstigen Entwicklung des Hausbrandgeschäftes gestiegen.

In der eisenschaffenden Industrie haben sich Produktion, Beschäftigung und Inlandsabsatz bis Ende des zweiten Vierteljahres auf dem gleichen Stand behauptet. Der Auftragseingang bei den Walzwerken hatte sich im Juni beträchtlich erhöht. Die Walzeisenausfuhr ist dagegen gesunken. Nach Eintritt der Kreditkrisis sind die Umsätze auf den Eisenmärkten geschrumpft.

In der Nichteisenmetallindustrie ist die Metallgewinnung im ganzen zurückgegangen. Die Erzeugung der Metallwalzwerke hat weiterhin abgenommen. Die Preise für Kupfer und Blei sind nach einer vorübergehenden Erhöhung Ende Juni, die durch den Hoover-Plan ausgelöst wurde, im Juli auf einen bisher nicht gekannten tiefen Stand gesunken. Die Preise für Zink und Zinn zeigten infolge des Zustandekommens internationaler Vereinbarungen eine etwas festere Haltung, bewegen sich aber ebenfalls auf tiefem Stand.

In der Maschinenindustrie haben sich Beschäftigung und Umsätze bis Ende Juni auf annähernd gleichem Stand behauptet. Die Auftragserteilung ist, hauptsächlich infolge umfangreicher Bestellungen der russischen Regierung, beträchtlich gestiegen. Ende Juli trat eine verschärfte Zurückhaltung der Verbraucher ein.

Die Beschäftigung in der elektrotechnischen Industrie hat sich während des zweiten Vierteljahres nur wenig verändert. Die Ausfuhr hat im ganzen abgenommen. Die Auftragserteilung konnte sich nach Eintritt der Kreditkrisis noch behaupten.

Der Kraftfahrzeugabsatz war bis Ende Juni bemerkenswert widerstandsfähig gegen weitere Rückschläge. Die Kredit-schwierigkeiten im Juli riefen eine neue Absatzstockung hervor.

In der Eisen- und Stahlwarenindustrie sind Produktion und Beschäftigung in den letzten Monaten weiter zurückgegangen. Die Frühjahrsbelebung war sehr gering. Die Ausfuhr konnte trotz erheblicher Preisenkungen keinen hinreichenden Ausgleich für die fehlenden Inlandsaufträge bringen.

Die Beschäftigung in der Bauwirtschaft verharrete auch in den Sommermonaten auf außergewöhnlich tiefem Stand. Die Kreditkrisis hat die Finanzierung der Bautätigkeit gedrosselt. Die Inangriffnahme neuer Bauten ruht infolge der überhöhten Zinsbelastung fast völlig; die Vollendung begonnener Bauten kann nur mit Hilfe kurzfristiger Kredite, vorwiegend der Bauunternehmungen, erfolgen.

Am Rundholzmarkt hat sich der Rückgang der Preise fortgesetzt. Am Schnittholzmarkt führte die gebesserte Außenhandelsbilanz bei niedrigen Vorräten und verhältnismäßig günstiger Equi-

dität der Betriebe zur Einengung des Angebots und Verlangsamung des Preisrückgangs. Im Juli trat an den Holzmärkten eine Stockung der Umsatzfähigkeit ein. Die Beschäftigung in der holzbearbeitenden Industrie ist saisonmäßig gestiegen. In der holzverarbeitenden Industrie wurde die Saisonbelegung durch erhöhte Umsätze im Juli — Flucht in die Sachwerte infolge der Kreditkrisis — vorübergehend verstärkt.

Der Inlandsabsatz der papiererzeugenden Industrie hat sich infolge der vorangegangenen Bedarfsstauung bei Handel und Verbraucher leicht belebt. Die Ausfuhr von Papier und Pappe hat besonders im Juli beträchtlich zugenommen. Die Papierpreise verharren auf niedrigem Stand. In der papierverarbeitenden Industrie ist die Absatzlage außerordentlich gedrückt. Die Beschäftigung ist gegenüber dem Vorjahre um zwölf Prozent zurückgegangen.

Die Belegung von Produktion und Beschäftigung in der Textilindustrie seit Jahresanfang ist im Juni wieder einer Abwärtsbewegung gewichen. Lagerhaltung und Preise stehen infolge der Kreditkrise unter verstärktem Druck. Der Außenhandel konnte trotz sinkender Einfuhr und vergleichsweise gut behaupteter Ausfuhr keine durchgreifende Entlastung bringen.

Während der Beschäftigungsgrad der Ledererzeugenden Industrie sich bis in die letzten Monate auf etwa gleichem Stand hielt, sind Produktion und Beschäftigung der Lederwaren- und Schuhindustrie saisonbedingt gesunken. Die Kredit Schwierigkeiten der letzten Wochen haben erneut zu stärkeren Preisrückgängen geführt.

In der Porzellan- und Steingutindustrie gehen Produktion und Beschäftigung seit ihrem saisonmäßigen Höhepunkt im April erneut zurück. Das Exportgeschäft ist weiter geschrumpft. Der Lagerabbau in der Porzellanindustrie ist weitgehend fortgeschritten; die Bestände in der Steingutindustrie sind noch überhöht.

Die Beschäftigung der Glasindustrie hält sich etwa auf gleichem Stand. Bei ungünstigen Absatzverhältnissen im Inland vermochte sich die Glasindustrie auf den Auslandsmärkten verhältnismäßig besser als die ausländischen Konkurrenten zu behaupten.

Die Funkindustrie wurde durch die Zuspitzung der Kreditkrisis sowie durch Schwierigkeiten im Handel beeinträchtigt. Beschäftigung und Inlandsabsatz waren geringer, die Ausfuhr größer als im Vorjahr.

Erzeugung, Inlands- und Auslandsabsatz der Sprechmaschinen- und Schallplattenindustrie gingen gegenüber dem Vorjahr empfindlich zurück. Die Ausfuhr erreichte nur die Hälfte des Vorjahresumfanges.

In der Spielwarenindustrie haben Produktion und Beschäftigung, die zu Anfang des Jahres stark gesunken waren, wieder etwas zugenommen. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes hat sich weiter verringert; dagegen hat sich die Ausfuhr besser behauptet.

Eine treffende Charakterisierung.

Abbau ist nach Meinung der Unternehmer das einzige Mittel zur Befundung unserer Verhältnisse. Obenan steht die Forderung nach Abbau der Löhne, nach Abbau der Sozialversicherung, nach Abbau der steuerlichen Belastung. Seit Jahr und Tag hören wir diese Forderungen und fühlen am eigenen Leibe, daß sie wenigstens zu einem erheblichen Teil schon verwirklicht wurden. Trotzdem sieht man von einer Belegung der Wirtschaft keine Spur. Auch stellt man fest, daß in Kreisen der Wissenschaft die Meinungen über die Gültigkeit der aufgestellten These: „Daß Lohnabbau eine Belegung der Wirtschaft herbeiführe“, sehr geteilt sind. Ein Beispiel dafür, und zwar ein sehr offenes, finden wir in der Zeitschrift „Soziale Praxis“, Nr. 34, wo Prof. Oppenheimer unter dem Kapitel „Das Kapital und der Lohn“ sehr einleuchtende Ausführungen macht.

Prof. Oppenheimer beginnt, indem er auf den Roman von Anatole France „Die Insel der Pinguine“ zurückgreift, der da an einer Stelle schildert, wie sich, als der Staat Geld braucht, die Versammlung der Ältesten abwickelt. Der Redner der Feudalpartei erklärt, er werde keine Steuern zahlen, weil das unadelig sei. Steuern zahlen

komme lediglich der Kanaille zu. Der Redner der Kapitalisten sagt, es sei zwar selbstverständlich und gerecht, das jedermann zu den öffentlichen Ausgaben beitrage. Auch er sei bereit, sich im Interesse aller des Besitzes zu entäußern. Das einzige, was man ins Auge zu fassen habe, sei das öffentliche Wohl. Das aber verlange und gebiete, daß man denjenigen, die viel besitzen, nicht viel abverlangen darf. Denn dann wären die Reichen weniger reich und die Armen noch ärmer. Die Armen leben vom Vermögen der Reichen und darum ist dieses Vermögen „heilig“.

So argumentieren, sagt Prof. Oppenheimer mit Recht, unsere Kapitalisten und Unternehmer auch heute noch ganz in der gleichen Weise. Man will weder Steuern bezahlen noch Preise herabsetzen. Lediglich die Löhne sollen gekürzt werden, und zwar liege das, so werde behauptet, im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter selbst. Denn das sei notwendig, um aus den Ersparnissen der Kapitalisten neues Kapital zu schaffen.

Dom Standpunkte einer richtigen ökonomischen Theorie aus ist das heller Unsinn, behauptet Prof. Oppenheimer und in seinen weiteren Darlegungen führt er aus, daß schon vor fast 100 Jahren der Nationalökonom Robertus

Es ist ja so einfach . . . !

Bei ruhiger Überlegung läßt sich mancher häufig vorkommende Unfall vermeiden. Holz und Eisen sind nun einmal härter als Fleisch und Knochen. Wenn man zwei Kisten übereinander abzusetzen hat, so ist es sinnlos, die Finger bis zum letzten Augenblick des Absetzens zwischen den beiden Kanten zu halten und mit einem kühnen Ruck dann möglichst schnell rechtzeitig herauszuziehen. Hundertmal geht's gut, wenn aber nur einmal die Hand um den Bruchteil einer Sekunde zu spät zurückgezogen wird, kann es üble Quetschwunden und Fingerbrüche geben, meist mit langwieriger Behandlung verbunden, oft genug auch mit dauernden Schädigungen.



**Absetzen über Eck,
verhütet Fingerverletzung!**

Bestell Nr. 355 -d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H.
b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft. Berlin W.9.

Es ist so furchtbar einfach, in solch einem Falle die Kisten erst einmal schräg über Eck abzustellen und dann erst gerade übereinander zu rücken. Auf diese Weise können die Finger nicht gequetscht werden. Und dieser Fall ist nur ein Beispiel für viele andere, in denen man bei rechtzeitigem vorheriger Überlegung kleine und große Unfälle vermeiden kann. Es kostet zwar auf diese Weise meistens ein paar Minuten mehr Arbeitszeit, aber dieser kleine Zeitverlust ist durch die Sicherheit und Abwendung der Unfallgefahr tausendfach aufgewogen.

und dann dessen Schüler Adolf Wagner vergeblich versucht haben, ihren Fachgenossen die richtige Unterscheidung zwischen Privat- und Sozialkapital plausibel zu machen. Geld verwandelt sich in Wirklichkeit nie in Produktionsmittel und dennoch beruhe die ganze bürgerliche Kapitaltheorie auf nichts anderem als auf diesen lächerlichen Gleichsetzungen. Eine greuliche Konfusion wird diese Art, Wirtschaftswissenschaft zu betreiben, genannt und darauf hingewiesen, daß man nur einen Blick in ein beliebiges ökonomisches Werk der Theorie oder der Praxis zu werfen brauche, um auf die Unhaltbarkeit der heute allgemein angewandten Lehrsätze zu stoßen. Man könne z. B. auf einer und derselben Seite lesen, daß im gleichen Jahr Amerika mehr „Kapital“ nach Deutschland sowohl aus- wie eingeführt habe. Damit ist doch wohl die heute beliebte Behandlung der Wirtschaftsprobleme als unmöglich bewiesen. Als der eigentliche Auftraggeber des ganzen wirtschaftlichen Ablaufes wird von Oppenheimer niemand anders als der Konsument bezeichnet. Von nichts anderem als der Kaufkraft des Konsumenten hänge der Umfang der Produktion ab.

„Das ist die richtige Theorie des Kapitals, wird am Schluß der Abhandlung wörtlich gesagt, und daraus geht hervor, daß die Forderung der „Wirtschaft“, die Produktion durch scharfe Herabsetzung der Löhne anzukurbeln, entweder auf einer unverzeihlichen Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge oder, was noch schlimmer wäre, auf brutaler Machtgier beruht, die die unbequemen Organisationen der Arbeiterschaft zertrümmern will, gehe der Weg auch durch eine Revolution und durch den Ruin des Landes.“ Und weiter:

„Um die Produktion anzukurbeln, muß die Kaufkraft des Marktes vermehrt werden. Das ist das Mittel, und ist das einzige Mittel! Und das ist durchaus möglich, kann sofort geschehen, und zwar z. B. auf folgende vier Arten:

Erstens: Die Preise müssen herunter, die Läger und Halben müssen geräumt werden. Um gegenüber dem ungeheuren Warenhunger die Läger und die Preise zu halten, dazu freilich bedarf es gewaltiger Summen neuen privatwirtschaftlichen Kapitals in den Händen der Industriemagnaten, eines Kapitals, das sie, solange sie sich weigern, es aus dem Absatz ihrer Produkte zu erlangen, freilich kaum anders als durch „Entsagung“ der Arbeiterschaft erlangen können, nachdem der Weg des Borgens vom Auslande her sich immer mehr und mehr verschließt.

Zweitens: Die Agrarzölle müssen fallen, die ohnehin nur einer winzigen Minderheit der deutschen Landwirte nützlich, der ungeheuren Mehrheit schädlich sind. Mag man die paar Großgrundbesitzer und Großbauern, die bei Zollfreiheit nicht bestehen können, zu anständigen Preisen auskaufen oder auf eine Rente setzen, die ihrer Steuerleistung in mittleren Jahren entspricht: aber fort müssen die Zölle. Dann könnten die Geldlöhne unter Umständen sogar etwas gesenkt werden, wenn nur die Reallohne immer noch höhere Kaufkraft darstellen.

Drittens: Auch die übrigen Zölle müssen fallen, wenn nicht sofort und mit einem Schläge, so doch in einem schnellen Abbau. Die Produktion wächst bekanntlich wie das Quadrat des Marktes: verdoppelter Markt, vervierfachter Reichtum! Ein Zollbündnis auch nur mit Frankreich allein würde unsere ganze Misere in kürzester Zeit beendigen.

Viertens: Siedeln im größten Maßstab! Für viele Hunderttausende von Heimstätten mit Kleingärten, für viele Zehntausende von hauptberuflichen Heimstätten für Landarbeiter, Gärtner und Bauern ist der dringendste Bedarf vorhanden, und die Auslage würde sich glänzend verzinsen, nicht nur in bar durch die Renten, sondern auch in unvorstellbaren Ersparnissen an Kosten für Kranken-, Trenn- und Suchthäuser, und in der Vermehrung des Steueraufkommens. Man weiß, daß es in den schwersten Krisen genügt hat, das Baugewerbe mit seinen nahezu drei Millionen Beschäftigten in Tätigkeit zu setzen, um aus seinen Gewinnen und Löhnen den ganzen Rest der Gesellschaftswirtschaft in vollen Schwung zu bringen.

Das also kann geschehen, muß geschehen und wird geschehen, mit der Unternehmerwirtschaft und im Notfall über den Teil der Unternehmerwirtschaft hinweg, der diesen Weg der Rettung sperrt.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 13. bis 19. September ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Hohe Barbestände in der Zahlstelle führen leicht zu Verlusten. Die Beachtung der Geschäftsanweisungen schützt vor Nachteilen. Darum: Teilzahlungen.

Die Entwicklung der Löhne im Ausland im Jahre 1930.

Eine Übersicht über die Gestaltung der Lohnhöhe in verschiedenen Ländern zeigt, daß die Entwicklung durchaus verschiedenartig gewesen ist.

In Großbritannien ergibt sich nach „Wirtschaft und Statistik 9/31“ für den 31. Dezember 1930 bei den durchschnittlichen Wochenlöhnen (und regelmäßiger voller Arbeitszeit) am Jahresende gegenüber Ende 1929 eine Senkung der Löhnsätze im Baugewerbe um durchschnittlich 2,4 %, im Holzgewerbe um 1,3 %; im Druckereigewerbe blieben die Löhne unverändert, im Maschinenbau zeigten diejenigen für Monteure, Dreher, Eisenformer und Hilfsarbeiter eine leichte Steigerung. Im Steinkohlenbergbau erhöhte sich der Lohn im dritten Vierteljahr 1930 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 1,1 %. Er war in den einzelnen Revieren verschieden hoch. Die Schwankung bewegt sich zwischen 124 und 158 % des Dorkriegslohnes. Während der Berichtszeit ging die Indexziffer der Lebenshaltungskosten um 13 Punkte auf 153 (Juli 14 = 100) zurück.

In Frankreich vollzog sich im Jahre 1930 teilweise die Angleichung der Löhne an den neuen Geldwert. Nach der seit 1924 für den Oktober eines jeden Jahres veröffentlichten Übersicht für verschiedene, meist handwerkliche Berufe sind die durchschnittlichen Tagesverdienste von 1911 bis Oktober 1930 in Paris auf das 6,62fache, in größeren Städten für Männliche auf das 7,28fache, für Weibliche auf das 8,64fache gestiegen. Gegen Oktober 1929 erhöhte sich der Lohn in Paris um 8,3 %, in anderen größeren Städten um 7,1 bzw. 8,1 % (für weibliche Arbeitnehmer). Im Kohlenbergbau stieg der Lohn gegenüber 1913 auf das 6,74fache für Untertage- und auf das 7,42fache für Obertagearbeiter. Die Indexziffer der Ernährungskosten lag im dritten Vierteljahr 1930 auf 624 (3. Vierteljahr 1914 = 100).

In Polen zeigen die Angaben für Bergarbeiter einen Rückgang des Schichtverdienstes um 2 bzw. 1 % für Untertage- bzw. Obertagearbeiter im Bergbau während des 2. Halbjahres 1930. Auch der Schichtverdienst der Arbeiter an Hochöfen ging im Laufe des Jahres zurück, und zwar um 1,3%.

In Dänemark erhöhte sich der Lohnstand in den Provinzen im Verlauf der ersten 3 Vierteljahre leicht (1—4 Öre pro Stunde bei Löhnen zwischen 83 und 154 Öre Anfang 1930), blieb dagegen in Kopenhagen unverändert.

Lohnerhöhungen zeigen im ganzen auch noch die Statistiken in den Vereinigten Staaten. So ergab die alle 2 Jahre durchgeführte Erhebung der tatsächlichen Verdienste in der Strickwaren- und Trikotagenindustrie für etwa 50 000 Lohnempfänger eine Erhöhung des durchschnittlichen Stundenverdienstes um 2,5 % und des Wochenverdienstes um 3,1 % seit 1928. Gegen 1914 lag eine Steigerung auf das 2,65- bzw. 2,49fache, bei einem Rückgang der Arbeitszeit um 5,8 % vor. Eine entsprechende, erstmalig unternommene Erhebung in der Kunstseide- und sonstigen synthetischen Textilindustrie ergab, daß der durchschnittliche Stundenverdienst bei 44,1 Cent, der Wochenverdienst bei 22,14 Dollar lag, gegenüber 45,5 Cent und 23,48 Dollar in der Strickwaren- und Trikotagenindustrie, deren Wochenarbeitszeit um etwas mehr als eine Stunde höher war. Die Gehaltsstatistik für die Büroangestellten im Staat Newyork ergab im Oktober 1930 gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 2,3 % für männliche und um 0,2 % für weibliche Angestellte. Der durchschnittliche Wochenverdienst der Arbeiter in wichtigen Gewerbebezügen des Staates Newyork war dagegen im Dezember 1930 gegenüber dem Vorjahr um 7,5 % gesunken.

Lohn- und Tarifbewegung.

Parkettlegergewerbe München. Der Arbeitgeberverband für das südbayerische Holzgewerbe hatte den bestehenden Manteltarifvertrag für das Münchner Parkettlegergewerbe zum 1. August 1931 gekündigt, gleichfalls auch das Lohnabkommen. Mehrtägig geführte Verhandlungen führten zu keiner Einigung. Ein Parteischiedsgericht hat daraufhin über alle strittigen Punkte endgültig entschieden. Der neue Mantelvertrag tritt rückwirkend ab 1. August 1931 in Kraft und kann mit zweimonatlicher Frist, erstmals zum 1. August 1932, gekündigt werden.

Das Lohnabkommen tritt mit dem 19. August 1931 in Kraft und kann zum 1. März 1932 erstmals gekündigt werden. Der Stundenlohn beträgt 1,55 RM in der Stunde. Die Akkordsätze wurden um 3 Prozent gekürzt.

Rundschau.

Tarif- und Wirtschaftsfragen beschäftigten den Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften auf der Sitzung am 1. September in Hannover. Nach eingehender Beratung erfolgte folgende Stellungnahme: Die von Arbeitgeberseite geforderte Einführung eines abdingbaren freien Lohnspielraums in den Tarifverträgen lehnte der Vorstand entschieden ab. In Wirklichkeit sehen die Tarifverträge bereits ein hohes Maß von Beweglichkeit vor, und es bedarf keiner gesetzlichen Änderung. Der Vorstand wandte sich des weiteren gegen eine Überspannung der Zollpolitik. Beschleunigte Maßnahmen seien erforderlich, um besonders für eine Reihe von lebensnotwendigen Waren zu einem tieferen Preisniveau zu kommen. Übereinstimmend war man ferner der Meinung, daß die in bezug auf eine Änderung der Hauszinssteuer geplanten Maßnahmen auch den Interessen der Mieter und des daniederliegenden Baumarktes entsprechend Rechnung tragen müssen. Auf eine weitere Senkung der Zinssätze müsse nachdrücklich hingearbeitet werden. Sodann wurde u. a. eine Beseitigung der nicht vertretbaren Härten der Notverordnung vom 5. Juni d. J. und eine durchgreifende Reichs- und Verwaltungsreform gefordert.

Regierungsplan für Kleinsiedlung. Im Reichskabinett wird ein Plan über die Kleinsiedlung geprüft. Dieser Plan steht im engen Zusammenhang mit dem Wirtschaftsplan, den die Reichsregierung aufzustellen im Begriffe ist.

Die eigentliche landwirtschaftliche Siedlung vermag auch größere Massen von Arbeitslosen nicht aufzunehmen. Dazu ist allein die jetzt in Aussicht genommene Kleinsiedlung in der Lage. Durch diese Kleinsiedlung, die besonders in nächster Umgebung der Städte gepflegt werden soll, können in verhältnismäßig kurzer Zeit nennenswerte Mengen von Arbeitslosen auf das Land zurückgepflanzt werden. Sie werden zum Selbstversorger und scheiden dadurch aus der Unterstützung der öffentlichen Hand aus.

Für die Siedlung kommen vor allen Dingen die Krisen-Unterstützten und die Wohlfahrts-Erwerbslosen in Frage. Es wird damit gerechnet, daß bis zum nächsten Frühjahr rund 100 000 Arbeitslose in der Kleinsiedlung angefaßt werden können.

Die Ausgestaltung der Kleinsiedlung soll so erfolgen, daß Kleinsiedlerstellen in der Größe von zwei bis vier Morgen geschaffen werden, die mit Gemüse, Kartoffeln und Obst bebaut werden und zur Haltung von Hühnern, Gänsen, Schweinen und Ziegen eingerichtet sind. Wichtig und entscheidend ist, daß die Arbeitslosen an der Schaffung der Siedlungsstelle mitarbeiten und grundsätzlich die Möglichkeit zu käuflichem Erwerb der Siedlung haben. Es wird weiterhin Wert darauf gelegt, daß diesen Kleinsiedlern auch noch die Möglichkeit zur Ausführung von Lohnarbeit bleibt. Für die Siedlungszwecke sind geeignet in der Nähe von Städten gelegene landwirtschaftliche Güter, Domänen, städtische Güter und Kreisgüter.

Für die Durchführung der Kleinsiedlung ist eine Zentrale, die Einrichtung eines Reichskommissars für Kleinsiedlungswesen, vorgesehen, der unmittelbar dem Reichskanzler unterstehen soll. Die öffentliche Hand ist verpflichtet, Siedlungsland zur Verfügung zu stellen.

Während der Dauer der Arbeitsleistung erhält der Arbeitslose die ihm zustehende Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Dazu kommt eine zusätzliche Verpflegung und die Kosten für die Hin- und Rückfahrt von der Wohnung zur Arbeitsstelle. Das Material wird durch die Siedlungsträger gestellt.

Entscheidend für die Durchführung dieses Siedlungsplanes ist die vorgesehene Finanzierung. Die vorgesehenen Kosten für ein Sied-

lungshaus sollen sich auf 2000 RM erstrecken. Falls 100 000 Häuser gebaut werden, wäre also mit einem Kostenaufwand von 200 Millionen Reichsmark zu rechnen, die aus Hauszinssteuermitteln entnommen werden sollen. Dazu wird noch für die erste Einrichtung jedes Siedlungshauses ein Pauschalbetrag von 500 RM angenommen.

Gewerbebetriebe in Preußen im Krisenjahr 1930. Wie alljährlich, so gewähren auch diesmal wieder die im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe herausgegebenen Jahresberichte der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten ein anschauliches Bild über die Entwicklung, welche die gewerblichen Betriebe in den unterstellten Gebietsteilen in der Berichtszeit genommen haben. Für das Jahr 1930, in dem die wirtschaftliche Krise bereits deutlich fühlbar in die Erscheinung getreten ist, ergeben sich dabei bemerkenswerte Aufschlüsse.

Am Ende des Jahres 1929 zählten wir in Preußen 20 346 große Betriebe (mit mehr als fünfzig Arbeitnehmern je Betrieb), von denen im Laufe des Jahres 2232 neu aufgemacht worden waren. Die Entwicklung des Jahres 1930 hat mehr als ein Zehntel davon zum Verschwinden gebracht. Am Jahresende hatten wir noch 17 962 große Betriebe (2384 weniger als ein Jahr zuvor), von denen im Jahresverlauf 1298 neu hinzugekommen waren. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der in den Großbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) von fast 3,8 Millionen um mehr als eine halbe Million auf 3 219 000 verringert. Für die mittleren Betriebe (mit je 5 bis 49 Arbeitnehmern) ergibt sich ein ähnliches Bild, wenn auch der Schwund bei weitem nicht so stark in die Erscheinung tritt wie bei der eben besprochenen Gruppe. Die Zahl dieser Betriebe ist im Berichtsjahr von 135 721 um 7451 auf 128 270 zurückgegangen, die Zahl der darin Beschäftigten um mehr als 150 000 auf rund 1,66 Million. Ganz anders stellt sich das Bild bei den kleinen Betrieben dar, Betrieben, die einen bis vier Arbeitnehmer beschäftigten. Ihre Zahl ist im vorigen Jahr um mehr als 10 000 auf 236 834 gestiegen, die Zahl ihrer Beschäftigten um etwa ebensoviel auf 448 750. Offenichtlich ist diese Entwicklung ein Ausdruck des Strebens mancher Abgebauten, sich zunächst mal selbständig zu machen und so weiterzukommen.

Die Großbetriebe sind nach wie vor am stärksten in den beiden Gewerbeaufsichtsbezirken Düsseldorf und Berlin konzentriert (je 3000). In weitem Abstand folgt der Bezirk Arnberg (mit 1307), an vierter Stelle Köln (794). Zum Vergleich die Zahlen aus 1928: Berlin 3320, Düsseldorf 3238, Arnberg 1557, Köln 931. Bei den mittleren Betrieben marschiert wiederum Berlin weitaus an der Spitze mit 20 709. Es folgten Düsseldorf (14 571), Arnberg (7770), Breslau (6767), Wiesbaden (5940), Köln (5075) usw. In der Zahl der kleinen Betriebe steht der Düsseldorfer Bezirk obenan mit 24 742. Dichtauf folgt Berlin (24 585), in größerem Abstand Arnberg (13 185), Breslau (11 417), Schleswig (11 114), Siegnitz (9478), Wiesbaden (9458), Merseburg (8964), Münster i. W. (8956), Frankfurt an der Oder (8925), Potsdam (7945), Köln (7817) usw. Im ganzen belief sich die Zahl der von den Gewerbeaufsichtsbeamten zu überwachenden Betrieb auf 383 066 mit 5 330 768 Arbeitnehmern. Die Zahl der Betriebe hat um 811, also um 0,21 v. H. zugenommen (vergleiche dazu das oben über die Entwicklung der Groß- und Kleinbetriebe Gesagte), die Zahl der Arbeitnehmer um 720 446, das sind um 11,9 v. H. zugenommen.

Auffallend stark ist der Rückgang in der Zahl der Unfälle. 1929 wurden noch über 450 000 Betriebsunfälle gemeldet, im vorigen Jahr nur noch 347 484. Die Zahl der tödlichen Unfälle sank von 1477 auf 1143. Danach sind die Unfälle insgesamt um 22,9 v. H., die tödlichen um 22,6 v. H. zurückgegangen, wohingegen die Zahl der beschäftigten Arbeiter nur um 14,9 v. H. abgenommen hat. Auf je 1000 Arbeiter zählte man 1929 noch 80,8, im vorigen Jahr noch 75,4 Unfälle. Diese erfreuliche Entwicklung dürfte in erster Linie auf die stets weiter zunehmende Belehrung und Aufklärung über Unfallgefahren und -folgen zurückzuführen sein. Ferner werden auch mitzureden die gegen früher eingeschränkte Arbeitszeit (vielfach Kurzarbeit), das Streben, den Arbeitsplatz zu erhalten, die durch die Entwicklung des Arbeitsmarkts bedingte Auslese der besten Arbeitskräfte, andererseits auch der mildere Winter usw.

Direktorengehälter scheinen eine Senkung um der Ankurbelung der Wirtschaft willen nicht notwendig zu haben. Bei den Arbeiterlöhnen ist das bekanntlich eine andere Sache, aber die Befolgung leitender Persönlichkeiten mit Riesengehältern findet man ganz in der Ordnung. Was da möglich ist, lesen wir in der „Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz“:

Die Gewerkschaft König Ludwig in Recklinghausen, die acht Schächte und ein Stammkapital von 25 Millionen Reichsmark be-

licht, hatte zuletzt einen Reingewinn von 285 000 Reichsmark. Der Generaldirektor erhielt 1930 ein festes Gehalt von 150 000 Reichsmark und für Aufsichtsratsantienemen und andere Nebenbezüge mindestens noch einmal 100 000 Reichsmark. Das Gehalt des zweiten Generaldirektors wurde 1930 auf 80 000 Reichsmark „herabgesetzt“; daneben stehen ihm Tantiemen und Vergütungen in Höhe von etwa 50- bis 80 000 Reichsmark und eine freie Wohnung mit Brennstoff und Licht zu. Unter den beiden Generaldirektoren arbeiten vier Direk-

toren mit 55 000, 50 000, 35 000 und 30 000 Reichsmark Jahresgehalt. Zwei Betriebsführer, die aus der mittleren Laufbahn hervorgingen, erhalten je 24 000 Reichsmark Jahresgehalt. 1930 wurde die Gewerkschaft König Ludwig mit der Gewerkschaft Ewald zusammengelegt, deren Generaldirektor ohne Tantiemen und Wohnungsgeld 100 000 Reichsmark verdient. Als die Zusammenlegung erfolgte, wurden ein Generaldirektor und zwei Direktoren der Gewerkschaft König Ludwig mit vollem Gehalt pensioniert.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Die internationale Entwicklung des Arbeitsrechts im Jahre 1930.

Die fortschreitende Wirtschaftskrise blieb nicht ohne Rückwirkungen auf den Ausbau der Sozialpolitik in den verschiedenen Ländern der Welt. Zwar setzte nicht in allen Ländern ein gleichmäßiger Abbau ein, in den meisten Ländern kann auch für das Jahr 1930 trotz aller Schwierigkeiten nicht einmal von einem Stillstand die Rede sein. Doch läßt sich als Ergebnis eines Gesamtüberblicks wohl sagen, daß allgemein eine gewisse Verzögerung des Fortschritts der Sozialpolitik zu beobachten ist.

Das gleiche gilt selbstverständlich für den Ausbau des Arbeitsrechts in den verschiedenen Ländern der Welt. Es sind im Jahre 1930 recht wenig grundlegende Gesetze verabschiedet worden, die in größerem Maßstabe einen Ausbau des Arbeitsrechts bedeutet hätten. Nichtsdestoweniger sind eine ganze Anzahl von Änderungen zu verzeichnen, die von Bedeutung sind.

Auf dem Gebiete des Koalitionsrechts wurde in Österreich am 5. April 1930 ein Gesetz erlassen über den „Schutz der Arbeits- und Versammlungsfreiheit“. Das Gesetz, das bedeutende Veränderungen der bisherigen Rechtslage geschaffen hat, verfolgt im wesentlichen das Ziel, etwaige Monopole von Gewerkschaften in bestimmten Betrieben zu beseitigen und im allgemeinen jeden Zwang, der, sei es von Arbeitgebern, sei es von Arbeitnehmern oder deren Organisationen in bezug auf die politische oder gewerkschaftliche Haltung auf Arbeitnehmer ausgeübt werden könnte, zu verhindern. In den Vereinigten Staaten wurde zwar ein Gesetzentwurf gegen den mißbräuchlichen Erlaß von Einhaltsbefehlen vorläufig im Rechtsausschuß des Senats abgelehnt, doch scheint diese Frage damit noch nicht endgültig entschieden zu sein. In Finnland erging am 10. Januar 1930 ein Gesetz zur Abänderung des Vereinsgesetzes vom 4. Januar 1929, das den Gerichten auf Antrag der Staatsanwaltschaft die „Auflösung des ganzen Vereins, welcher eine ungesetzmäßige oder unsittliche Tätigkeit entfaltet hat, oder zu dem offenkundigen Zweck der Gesetzübertretungen gegründet wurde, oder die Tätigkeit eines bereits aufgelösten Vereins fortsetzt“, ermöglicht. Unter Berufung auf dieses Gesetz wurde am 27. September 1930 vom Oberstaatsanwalt vor dem Gericht zu Helsingfors die Einleitung eines Verfahrens gegen den finnischen Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen zum Zweck ihrer Auflösung beantragt. Auf Grund dieses Antrages wurde die gesamte Organisation am 20. Oktober 1930 aufgelöst. Ein weiteres Gesetz, das am 19. Dezember 1930 vom finnischen Parlament angenommen wurde, trägt den Titel „Gesetz zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Industrie“. Es sieht schwere Strafen für alle diejenigen vor, die in irgendeiner Weise versuchen, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer gegen ihren Willen zu bestimmten politischen oder gewerkschaftlichen Handlungen zuzuziehen.

Das englische Gesetz über die Berufsvereine und Arbeitsstreitigkeiten vom 29. Juli 1927 hingegen, das unter anderen den Generalstreik und Sympathiestreik verbot und im allgemeinen die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften stark behinderte, sollte auf Vorschlag der Regierung im wesentlichen aufgehoben werden. Nach vielen Schwierigkeiten zog jedoch die Regierung ihren Abänderungsentwurf vorläufig zurück, so daß das Gesetz weiterbesteht. In Italien trat das Gesetz über den Landeskorporationsrat in Kraft. Die neue Einrichtung hat bereits ihre Tätigkeit begonnen. Die nächste Sitzungsperiode des japanischen Reichstags wird sich mit dem Gesetzentwurf über die Berufsverbände befassen. Das Gesetz, das auf den lebhaften Widerstand der japanischen Arbeitgeber gestoßen ist, wird wahrscheinlich angenommen werden. In Mexiko wird sich eine Sondertagung des Kongresses mit dem Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches befassen.

Auf dem Gebiet der „Gewinnbeteiligung der Arbeiter“ ist im Jahre 1930 keinerlei Änderung zu verzeichnen; das gleiche gilt für die Gesetzgebung über die Betriebsräte. Auch in der Frage der Gesamtarbeitsverträge sind keine wichtigen neuen Gesetze erlassen wor-

den. Über die Zahl der zu Anfang 1929 bestehenden Tarifverträge liegen einige Ziffern vor: In Deutschland waren es 8925, die 12 276 060 Arbeiter umfaßten; in Norwegen 1501 Verträge mit 141 535; in den Niederlanden 1505 Verträge mit 383 227 Arbeitern.

Auch in der Frage des Schieds- und Schlichtungswesens sind nur wenige Änderungen eingetreten. Im Deutschen Reich ist am 9. Januar 1931 eine Verordnung in Kraft getreten, die vorsieht, daß der Reichsarbeitsminister unter bestimmten Voraussetzungen den Schlichter beauftragen kann, bei der Bildung der Schlichtungskammer neben Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auch die unparteiischen Beisitzer zuzuziehen. Die Verordnung ist bereits am 31. Juli 1931 außer Kraft getreten. In Australien wurde das Bundesgesetz über das Einigungs- und Schiedswesen von 1904 bis 1928 zum dreizehntenmal geändert.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung und das stärkere Hervortreten der Gesamtheit der Arbeiter bei der Regelung arbeitsrechtlicher Fragen hat das Gebiet des Einzelarbeitsvertrages wesentlich eingeschränkt. Zwar mußte im Deutschen Reich die Beratung des Gesetzentwurfs über den Arbeitsvertrag hinter dringenderen Aufgaben zurücktreten. In China jedoch ist am 30. Dezember 1930 ein Gesetz erlassen worden, das Bestimmungen über die Lösung des Arbeitsvertrages enthält, Kündigungsfristen von 10 bis 30 Tagen vorsieht und im allgemeinen den Zweck verfolgt, den Arbeiter vor dem Nachteil einer plötzlichen Entlassung zu schützen. In Frankreich wurde im Jahre 1930 das Gesetz über das Lohnpfändungs- und Lohnabtretungsrecht geändert. Die Pfändungsgrenzen wurden erhöht. Ein Gesetzentwurf über die Arbeitsbedingungen der Hausangestellten wurde im polnischen Parlament vorgelegt. Der neue Entwurf enthält zwingende Vorschriften, durch die die Rechtsstellung des Hauspersonals gebessert wird.

Im allgemeinen läßt sich auch im internationalen Rahmen die Feststellung machen, daß sich das Arbeitsvertragsrecht immer mehr vom Vertragsrecht des allgemeinen bürgerlichen Rechts löst und kollektive Formen annimmt.

Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung 1930.

Als Beilage zu den Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung Jahrgang 1931 Nr. 8 ist soeben eine mit bildlichen Darstellungen versehene Schrift mit obigem Titel vom Reichsversicherungsamt herausgegeben worden. Im Vordergrund der Darstellung stehen die Maßnahmen gegen die Tuberkulose in jeglicher Form sowie die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Aber auch die übrigen Krankheitsgebiete, wie Rheuma, Krebs-, Nerven-, Herz-, Alkohol-, Zucker-, Frauenkrankheiten usw. finden entsprechende Beachtung. In einem besonderen Abschnitt sind die unmittelbaren und mittelbaren Aufwendungen für die vorbeugende Heilfürsorge sowohl zugunsten der Versicherten selbst als auch für ihre nicht versicherten Angehörigen und Kinder dargestellt worden. Auch wird berichtet über die Zuwendungen für allgemeine Wohlfahrtszwecke und insbesondere für den Arbeiterwohnungsbau.

Heilfürsorge wurde im ganzen im Jahre 1930 = 497 262 Personen zuteil, zu denen noch 1652 in Walderholungsstätten Aufgenommene treten und weitere 5172 Personen, die in Bewahrungsfürsorge genommen waren. Eine ordentliche abgeschlossene Heilbehandlung genossen 440 464 Personen; darunter befanden sich in Heilverfahren im ganzen 425 603 Versicherte und in Heilbehandlung 14 861 Nichtversicherte. Die Kinderfürsorge umfaßte 53 561 Kinder und Jugendlichen; die Waisenfürsorge erstreckte sich auf 3237 Waisenrentenempfänger.

Die Gesamtausgaben für die Durchführung der Heilfürsorge belaufen sich auf 126 527 566,— RM. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahre um 10,84 v. H. erhöht. Von allen behandelten Personen sind 9,50 v. H. wegen Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose, 0,15 v. H. wegen Knochen- und Gelenktuberkulose, 0,08 v. H. wegen sonstiger Tuberkulose, 0,08 v. H. wegen Lupus,

7,19 v. H. wegen Geschlechtskrankheiten, 5,18 v. H. wegen rheumatischer Erkrankungen, 0,03 v. H. wegen Krebskrankheiten und 77,80 v. H. wegen anderer Krankheiten behandelt worden. Bei den Lungen- und Kehlkopftuberkulosen kommen 97,30 v. H., bei den anderen Krankheiten 29,56 v. H. auf die ständige Heilbehandlung, dagegen 2,70 v. H. und 70,44 v. H. auf die nichtständige Heilbehandlung.

Die 36 Versicherungsanstalten besitzen eine große Zahl von eigenen Heilanstalten. Die erste eigene Heilstätte für Lungenkranke eröffnete die Versicherungsanstalt Hannover am 1. Mai 1895. Langsam aber stetig folgten auch die übrigen Versicherungsanstalten mit der Neuerrichtung von Lungenheilstätten wie auch von Genesungsheimen. Am Ende des Jahres 1930 besaßen sie 120 Heilanstalten mit 16947 Betten und 5 eigene Beobachtungsstellen mit 231 Betten. Es befinden sich 5 Lungenheilstätten und ein Genesungsheim im Bau oder in der Einrichtung.

Die Förderung des Arbeiterwohnbaues hat von jeher bei der Anlegung verfügbarer Vermögensbestände der Versicherungsanstalten eine bevorzugte Stellung eingenommen. Die Aufwendungen zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen waren alljährlich recht erhebliche. Im Berichtsjahre 1930 wurden rund 67,2 Millionen Reichsmark für Baudarlehen hergegeben, mit denen als Bauausführende bedacht sind: Bauverein usw. mit 43,7 Millionen Reichsmark, Länder, Gemeinden, Sparkassen mit 12,3 Millionen Reichsmark, die Arbeitgeber mit 0,1 Millionen Reichsmark. Unmittelbar an Arbeitnehmer (Versicherte) wurden 11,1 Millionen Reichsmark gewährt. Der Gesamtbetrag der Darlehensaufwendungen für diesen Zweck betrug unter Berücksichtigung der jährlichen Neubewilligungen, Abtragungen und Rückzahlungen nach dem Stand am Ende des Berichtsjahres rund 368 Millionen Reichsmark.

An Mietzuschüssen für Offentuberkulose sind im Jahre 1930 von 5 Versicherungsträgern 136 012 RM aufgewendet worden. Die Gesamtzahlungen hierfür seit 1925 erreichen die Summe von über 3 Millionen Reichsmark.

Zum Bau von Ledigenheimen usw. wurden seit dem Jahre 1925 insgesamt 7,3 Millionen Reichsmark verwendet. Die Neuaufwendungen im Jahre 1930 zu diesem Zwecke betragen 1,4 Millionen Reichsmark.

Mit regem Eifer arbeiteten die Anstalten auch im Berichtsjahre daran, durch Hebung der Volkswohlfahrt eine Besserung der Volksgesundheit herbeizuführen. Die im Berichtsjahre noch günstige wirtschaftliche Lage und die Zuschüsse aus Zollmitteln, die den Anstalten noch zur Verfügung standen und im Jahre 1930 immerhin noch mit 20 Millionen Reichsmark bereitgestellt werden konnten, ermöglichten es, die Fürsorge für Nichtversicherte, die Tuberkulosenfürsorge, Geschlechtskrankenfürsorge, Bäderfürsorge, die nachgehende Fürsorge nach beendeten Heilstättenkuren, die Gemeindecrankenfürsorge, Trinkerfürsorge, Mutterschutz- und Säuglingsfürsorge, die Fürsorge für Kinder und Jugendliche und die hygienische Volksbelehrung in bisheriger Weise durchzuführen und andere Zweige der Volkswohlfahrtspflege angemessen zu unterstützen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Liegnitz. Am 23. August 1931 beging die Ortsgruppe Liegnitz im festlich geschmückten Saale des katholischen Vereinshauses die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Nach dem Einleitungsmarsch, vorgezogen von der Hauskapelle, begrüßte der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Effner, die sehr zahlreich erschienenen Gäste und Kollegen und übergab im Anschluß daran dem altbewährten und langjährigen früheren Vorsitzenden, Kollegen Müller, den Ehrenvorpost.

Kollege Müller stellte den Gästen die anwesenden Vertreter der dem christlichen Holzarbeiterverbände nahestehenden Gewerkschaften und konfessionellen Vereine vor.

Nach dem vom Kollegen Hentschel vorgetragenen Prolog ergriff Stadtrat Daumann-Breslau, der Gründer der am 5. Juni 1906 ins Leben gerufenen Ortsgruppe Liegnitz das Wort und schilderte in anschaulicher Weise, welcher dornenvoller Weg zu gehen war, ehe man sich durchsetzen konnte. Mit lebhaftem Beifall wurde ihm gedankt.

Im Anschluß daran hielten kurze Ansprachen und brachten Glückwünsche dar folgende Vertreter: Kollege Weiß vom Fabrik- und Transportarbeiterverband, Kollege Fohl vom Textilarbeiterverband, Oberkaplan Schreiber vom katholischen Gesellenverein, Kaplan Dr. Kuß vom katholischen Arbeiterverein St. Joseph, Kollege Tscharathka vom Metallarbeiterverband, ein Vertreter vom Jugendkartell Jauer (er überreichte der Jugendgruppe des Kartells Liegnitz ein Wimpelband), der Vorsitzende der Schneidergruppe, eine Kollegin vom Gewerkschaftsverein der Heimarbeiterinnen, Arbeitersekretär vom evangel. Arbeiterverein, zugleich als Vertreter des kürzlich verstorbenen Pastors Hilsberg sowie die Bezirksleiter Jungnick, Liegnitz und Doms aus Görlitz. Hierauf gab Kollege Müller die eingelaufenen Glückwünsche vom Zentralvorstand Köln und vom Gauleiter Graf aus Frankfurt a. M. bekannt. Ferner übermittelte der Vorsitzende Schadek vom Deutschen Gewerkschaftsbund die Glückwünsche des Bundes.

Kollege L'habitant schloß die Reihe der Ansprachen, indem er kurz das Emporwachsen der Liegnitzer Ortsgruppe schilderte und überbrachte Glückwünsche der Breslauer Kollegen. Kollege Müller dankte sämtlichen Vertretern für ihre Ausführungen und Glückwünsche. Dann wechselten gut gespielte Theateraufführungen mit Volkstänzen ab und die Hauskapelle sorgte für gute musikalische Unterhaltung.

Zum Schluß dankte Kollege Müller allen, die durch ihre Mitwirkung für den schönen Verlauf des Festes gesorgt hatten. Hochbefriedigt verließen die Teilnehmer kurz vor 12 Uhr die Stätte der Feier.

Literarisches.

Wald und Holz ist ein Nachschlagewerk — es erscheint im Verlag Neumann in Neudamm —, das auf alle Fragen des täglichen Berufslebens aller derer, die mit Wald und Holz irgendwie zu tun haben, rasch und zuverlässig Antwort gibt. Darüber hinaus gibt das Werk systematische Einführungen in Wissensstoffe, für die dem Praktiker Fachwerke in der Regel nicht zur Verfügung stehen. Das Werk ist ein Rüstzeug für jeden Fortbetriebs- und -verwaltungsbeamten, Waldbesitzer, Holzhändler und Holzindustriellen und deren leitende Beamte, sich in seinem Berufe einen Höchststand von Wissen und Können zur Verfügung zu halten, der ihn zu hoher Leistungsfähigkeit, beruflichem Aufstieg und Förderung des Besitzstandes befähigt. „Wald und Holz“ wird durch den Vorsitzenden des Deutschen Forstvereins Dr. Dr. Ing. e. h. Wappes herausgegeben und bietet in jeder Beziehung volle Gewähr für systematisch durchdachte und auf den Gebrauch für den Praktiker abgestellte Methodik.

Die Beschaffung des Werkes ist eine gute Geldanlage. Dadurch, daß monatlich nur eine Lieferung erscheint und hierfür ein Betrag von 3,30 RM zuzüglich Porto (für Deutschland 0,15 RM je Lieferung) zu zahlen ist, wird die Anschaffung jedermann ermöglicht.

Der Umfang des Werkes ist auf 16 Lieferungen zu je 5 Druckbogen (insgesamt also rund 1280 Seiten) geschätzt. Soeben ist die 9. Lieferung erschienen.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Deulow Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsschluss für Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postekontonto 7118 Köln.

Große Spezialmöbelfabrik für eichenfurnierte und polierte Schlafzimmer sucht zum sofortigen Eintritt einen

tüchtigen erfahrenen Furnierzuschneider,

der nachweisbar längere Zeit als solcher in Spezialbetrieben tätig war, ferner

einige Furnierzusammensetzer.

Schriftliche Bewerbungen unter Beifügung eines lückenlosen Lebenslaufes, Zeugnisabschriften usw. unter „Furnier“ a. d. Expedition d. Bl.

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbstbau, la. Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk.

2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch

Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie

Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke

zum Selbstbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9